

## SHORT NEWS

## Justice en Syrie... et au Mali !

Avec quatre autres membres du Conseil de sécurité des Nations unies, le Luxembourg appelle à ce que la Cour pénale internationale (CPI) soit saisie des crimes de guerre actuellement commis en Syrie. Cet appel fait suite à une lettre de 58 pays au Conseil de sécurité lui demandant la même chose. En effet, la Syrie n'ayant pas reconnu la CPI, seul cette institution onusienne peut imposer l'autorité de la Cour. Or une telle décision est à la merci du veto des membres permanents, notamment la Russie et la Chine. Les ONG de défense des droits humains réclament la saisine de la CPI depuis de longs mois, tout en insistant sur le fait que des crimes de guerre sont probablement commis par l'ensemble des acteurs. Éviter de pratiquer le « deux poids deux mesures » est essentiel pour la crédibilité de la CPI (woxx 1169). Paradoxalement, c'est dans le contexte de la crise au Mali qu'elle pourra faire ses preuves, là où le Luxembourg se montre bien plus belliciste qu'en Syrie. Car la CPI vient d'accéder à la demande d'enquête, formulée par le gouvernement en place en juillet dernier. Si, comme le demandent les ONG, la Cour traite vraiment à égalité les acteurs maliens, cette enquête pourrait se retourner contre le gouvernement... ainsi que contre ses troupes alliées européennes.

## CES: das Ende des kalten Krieges

Der Noch-Vorsitzende des Wirtschafts- und Sozialrats (Conseil économique et social, CES), André Roeltgen (OGBL), kündigt eine Revolution an: Das aus dem Jahre 1966 stammende Gesetz über die Zusammensetzung dieses Gremiums, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch miteinander diskutieren, soll endlich so verändert werden, dass auch Nicht-Luxemburger Mitglieder sein können. Allerdings soll sich die Öffnung auf EU-BürgerInnen beschränken. So jedenfalls lautet der der Regierung vorgelegte Entwurf. Und auch der kalte Krieg zwischen Patronat und Gewerkschaften scheint vorüber zu sein: zum ersten Mal seit langem wurden diese Woche wieder eine Reihe Resolutionen verabschiedet, und dies auch noch einstimmig! Im Februar wird der Vorsitz des Gremiums turnusmäßig an das Patronat gehen, die für den Posten vorgesehene Person ist Gary Kneip, der Vorsitzende der Confédération du Commerce. Trotz der schlechten Stimmung im CES, die der Tripartite-Streits vor zwei Jahren zurückließ, konnte Roeltgen zumindest eine Hausaufgabe fristgerecht erledigen: Der CES hat seinen Avis zur Schaffung eines PIBien-être, jener Messgröße, die Aufschluss über das qualitative Wohlbefinden unserer Gesellschaft geben soll, abgeschlossen. Der Rat spricht sich darin gegen einen einzigen, synthetischen Indikator aus und befürwortet an seiner Stelle eine Batterie von 11 Unterindikatoren, die zusammen genommen jedes Jahr ein Bild vom gesellschaftlichen Zustand liefern. Jetzt darf man gespannt sein, ob auch der CSDD, der Rat für nachhaltige Entwicklung, der den PIBien-être-Prozess ebenfalls begleitet, sich diese Sicht der Dinge zu eigen machen wird.

## Debatte zur Staatsbürgerschaft

Justizminister François Biltgen (CSV) wird am kommenden Donnerstag vor der Chamber die seiner Meinung nach diskussionsbedürftigen Punkte bezüglich der Staatsangehörigkeitsreform vortragen. Er wolle seine persönliche Meinung hierzu zwar kundtun, aber es gehe ihm darum, eine offene Debatte zu einer sensiblen Problematik zu führen. Drei Problemfelder stechen hervor: Der luxemburgische Sprachentest, die Residenzdauer und die Sonderstellung verheirateter Personen. Den Sprachentest will Biltgen nicht abschaffen, aber mit der Residenzdauer „atmen“ lassen. Wer länger als die vorgeschriebene Mindestzeit im Lande ist, dürfe im Sprachentest Schwächen zeigen. Bei der Residenzdauer sei nicht die Zahl der Jahre das Problem, sondern die Voraussetzung am Stück eine gewisse Zeit im Lande zu leben. Und für mit Luxemburgern verheiratete (auch gleichgeschlechtliche) Ausländer soll die Annahme unserer Nationalität wieder einfacher werden. Nicht aber für gepacste Paare, da ihre Verbindung keinen definitiven Charakter habe.

## AKTUELL

## EU-KRISE

## Strukturreformen, gewusst wie

Christiane Walerich

**Eine Folge der Krise ist, dass nicht der Markt, sondern der Staat an Einfluss verliert. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, müssen die Staaten in die Lage versetzt werden, zu investieren, folgert Peter Bofinger.**

„Die Krise war ein globales Phänomen und sie ist ein Problem der Bankenaufsicht. Sie ist aber auch ein Problem der Wirtschaftswissenschaft. In den Standardlehrbüchern der Wirtschaftswissenschaften haben die Banken oft nur eine reine Durchleitungsfunktion; dass sie aber im großen Stil Kredite schaffen und damit riesige Blasenprozesse in Gang setzen, kommt nicht vor“, so Peter Bofinger, Mitglied im Rat der Wirtschaftsweisen der Bundesregierung. Er gilt als der führende Vertreter einer nachfrageorientierten Wirtschaftswissenschaft in Deutschland und vertritt damit eine Minderheitenposition. Eingeladen hatten ihn in dieser Woche der Europaabgeordnete Claude Turmes und Déi Gréng zu einer Konferenz mit dem Titel „Der Euro am Scheideweg! Wie kann der Euroraum vor dem deutschen Sparkurs gerettet werden?“. Im Anschluss gab es eine Diskussion mit Jean-Jacques Rommes, Vorsitzender der Bankenvereinigung ABBL, Jean-Claude Reding, Präsident des OGBL und François Bausch, Abgeordneter der Grünen.

Seit Juni 2012 stabilisiere sich die Finanzsituation in der EU, so Bofinger. Ein Beleg hierfür sei der Rückgang der Kapitalflucht in den Krisenländern. Dennoch sei die Krise mit ihren drei Komponenten - der Banken-, der Staatsschulden- und der makroökonomischen Krise - längst nicht überwunden. Die derzeitige Rezession erschwere das Bankgeschäft, die Einkünfte der Staaten seien gering, es würden kaum Kredite gewährt und Investitionen getätigt, die Arbeitslosigkeit sei gestiegen. Zudem sehe die OCDE keine positiven Veränderungen auf makroökonomischer Ebene voraus.

Nicht einverstanden ist Peter Bofinger mit der erzwungenen Reduktion der Staatsdefizite. Diese Herangehensweise erinnere an die Sparmaßnahmen der Weimarer Republik unter Reichskanzler Heinrich Brüning, die letztlich zu Preisverfall, einem

Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts und zu der Explosion der Arbeitslosigkeit der 1930er Jahre geführt hätten. Um aus der jetzigen Krise herauszukommen, müssten die Privaten mehr investieren und die Staaten ihre Einnahmen erhöhen, die Europäische Zentralbank (EZB) müsse aktiver werden und mehr Wertpapiere kaufen. „Statt die Löhne herabzusetzen müssen die Krisenstaaten stärker investieren“, fordert Bofinger.

Allerdings setze hier die Wirkung der ökonomischen Bremse ein, die den Staaten durch den budgetären Pakt aufgezwungen wurde. Auch für die Finanzierung der Renten habe das katastrophale Folgen, da die Ersparnisse und die Rentenreserven nicht investiert werden könnten. Die Inflation zerstöre den Wert der Ersparnisse, und das Geld werde außerhalb Europas investiert. Lebensversicherungen oder andere private Vorsorgemodelle würden immer weniger ab, da die meisten dieser Anlagen letztlich vom Vorhandensein sicherer Staatsanleihen abhängen - und dieses Angebot eben in den vergangenen Jahren dramatisch geschrumpft sei. Beispiel: Eine Person, die eine Million Euro fürs Alter zurückgelegt hat, habe bisher geglaubt, auf diesen Betrag vier Prozent Zinsen zu bekommen, also 40.000 Euro im Jahr. Jetzt müsse sie feststellen, dass es in zehn Jahren vielleicht nur noch 15.000 Euro sind. „Und was macht diese Person? Sie spart noch mehr. Das ist ein Teufelskreis“, so Bofinger. „Statt dass Unternehmen und Verbraucher mehr Geld investieren und konsumieren, wird verschärft gespart.“ Letztlich werde die Krise des Marktes nicht dazu führen, diesen einer stärkeren Kontrolle durch den Staat zu unterwerfen. „Das, was in den Ländern unter dem Titel Strukturreform gemacht wird, ist letztlich nichts anderes, als die Arbeitnehmerrechte massiv zu reduzieren“, so Bofinger. Strukturreform bedeute, den Kündigungsschutz und die Arbeitslosenversicherung zu beschneiden, die Allgemeinverbindlichkeit von Tariflöhnen zu schwächen und die Mindestlöhne abzusenken. „Strukturreform heisst, den Staat, wo es geht, zurückzudrängen“, so der Wirtschaftsexperte.